

Zivilprozessrecht

nach den Gesetzen des Bundes und des Kantons Zürich unter Berücksichtigung weiterer kantonaler Zivilprozessordnungen und der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 sowie unter Einschluss internationaler Aspekte

Von Dr. iur. Hans Ulrich Walder-Richli †

Emeritierter Professor an der Universität Zürich
Ehemals Gastprofessor an den Universitäten St. Gallen und Freiburg i. Ue.
Ehemals Mitglied des Kassationsgerichts des Kantons Zürich

und

ergänzt und fertiggestellt von

Dr. iur. Béatrice Grob-Andermacher

Rechtsanwältin in Zug und Ebertswil

Fünfte, vollständig überarbeitete Auflage

Schulthess § 2009

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen.....	XXXV
Literaturverzeichnis.....	XLV
Verzeichnis von Rechtsquellen.....	CVII

Einleitung

§ 1 Zivilprozess und Zivilprozessrecht.....	3
A. Begriff und Ablauf des Zivilprozesses.....	3
B. Aufgabe und Instrumentarium des Zivilgerichtes.....	5
C. Das Zweiparteiensystem.....	6
D. Der Inhalt der richterlichen Entscheidung.....	7
E. Verfahrensgestaltung.....	12
1. Der Adhäsionsprozess.....	12
2. Streitiges und nichtstreitiges Verfahren.....	13
3. Besondere Merkmale des Zivilprozesses im Vergleich mit dem Straf- und dem Verwaltungsprozess.....	13
F. Verfahrensgrundsätze, Verhalten der Gerichte und der Parteien.....	14
§ 2 Quellen und Literatur zum Zivilprozessrecht des Bundes und der Kantone.....	17
A. Rechtsquellen.....	17
B. Literatur.....	18
1. Emil Schurter/Hans Fritzsche: Das Zivilprozessrecht der Schweiz.....	18
2. Max Guldener: Schweizerisches Zivilprozessrecht.....	19
3. Hans Sträuli/Georg Messmer/Felix Wiget/Richard Frank: Kommentar zur Zürcherischen Zivilprozessordnung von 1976.....	20
4. Walther J. Habscheid: Droit judiciaire privé suisse.....	20
5. Walther J. Habscheid: Schweizerisches Zivilprozess- und Gerichtsorganisationsrecht.....	20
6. Oscar Vogel/Karl Spühler: Grundriss des Zivilprozessrechts und des internationalen Zivilprozessrechts der Schweiz.....	21
7. Henri-Robert Schüpbach: Traité de procédure civile.....	21
8. Thomas Sutter-Somm: Schweizerisches Zivilprozessrecht.....	21
9. Bernhard Berger/Andreas Güngerich: Zivilprozessrecht.....	21
10. Adrian Staehelin/Daniel Staehelin/Pascal Grolimund: Zivilprozessrecht nach dem Entwurf für eine Schweizerische Zivilprozessordnung und weiteren Erlassen – unter Einbezug des internationalen Rechts.....	22

§ 3 Bundesrecht und kantonales Recht auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts	23
A. Einleitung.....	24
B. Die Zivilgerichtsbarkeit des Bundes.....	24
I. Die bisherigen Materien.....	24
II. Die bundesrechtlichen Rechtsmittel.....	25
III. Die Vollstreckung für Geldforderungen und Forderungen auf Sicherheitsleistung.....	25
IV. Die erstinstanzliche Beurteilung gewisser Rechtssachen durch den Bund.....	25
V. Die örtliche Zuständigkeit.....	26
C. Vom Bund erlassene Normen im an sich kantonalen Bereich.....	26
I. Einleitung.....	26
II. Normen, die sich auf die Kompetenz zur Legiferierung im Zivilrecht stützen.....	26
1. Allgemeines.....	26
2. Die Abgrenzung zwischen materiellem und formellem Recht.....	27
3. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich der kantonalen Zivilgerichtsbarkeit.....	29
a) Allgemeines.....	29
b) Überblick über die prozessualen Bestimmungen im Bundesrecht ausserhalb der Schweizerischen ZPO.....	31
aa) Bundesrechtliche Bestimmungen über die Zuständigkeit.....	31
α) Örtliche Zuständigkeit.....	31
β) Sachliche Zuständigkeit.....	31
bb) Bundesrechtliche Bestimmungen über das Beweisrecht.....	32
cc) Bundesrechtliche Bestimmungen über die Anwendung von Prozessmaximen.....	32
dd) Bundesrechtliche Bestimmungen in Kostenfragen.....	32
4. Die Abgrenzung zwischen Bundesrecht und kantonalem Recht im Bereich des Zivilprozesses aus der Sicht des Richters.....	32
a) Allgemeines.....	32
a) Derogatorische Wirkung des Bundeszivilrechts auf das kantonale Zivilprozessrecht.....	34
aa) Allgemeines.....	34
bb) Auswirkungen des Bundeszivilrechts auf das kantonale Zivilprozessrecht im Einzelnen.....	34
c) Richterliche Schöpfung verfahrensrechtlicher Normen des Bundesrechtes.....	35
D. Bundesrechtliche Einflüsse der Zivilgerichtsbarkeit des Bundes auf diejenige der Kantone.....	36
I. Bundesrechtliche Rechtsmittel.....	36
II. Bundesrechtliche Zwangsvollstreckung.....	36
1. Ausdrückliche Bestimmungen.....	36
2. Ungeschriebene Normen.....	36
E. Bundesrechtliche Verfahrensbestimmungen als Ausfluss der föderalistischen Staatsstruktur.....	37
F. Verfahrensrechtliche Grundsätze.....	37

§ 4	Geschichte des Zivilprozessrechts im Kanton Zürich	41
	A. Einleitung.....	41
	B. Die einzelnen Perioden	42
	I. Die Zeit der patriarchalischen Rechtspflege	42
	1. Die alte Justiz löblicher Stadt und Landschaft Zürich bis 1798	42
	2. Die Zeit der Helvetik (1798–1803).....	45
	3. Die Zeit der Mediation (1803–1813).....	45
	4. Die Zeit der Restauration (1814–1830).....	46
	II. Die Zeit der Regeneration der Rechtspflege (1831–1839).....	46
	III. Die Zeit der Kodifikation des Privat- und Prozessrechts im Kanton Zürich vor 1869.....	48
	IV. Die Rechtspflege unter der Kantonsverfassung von 1869	50
	1. Die Entstehung des Gesetzes betreffend die zürcherische Rechtspflege von 1874	50
	2. Die Rechtspflegegesetze von 1911, 1913 und 1919	51
	3. Die Zivilprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz von 1976 mit seitherigen Revisionen.....	51

Erster Abschnitt Von den Gerichten

§ 5	Die Gerichte des Bundes und des Kantons Zürich	59
	A. Die Gerichte des Bundes.....	59
	B. Die Gerichte des Kantons Zürich.....	62
	I. Allgemeines	62
	II. Die Gerichtsinstanzen im Einzelnen.....	63
	1. Die Friedensrichter	63
	2. Die Bezirksgerichte	65
	3. Die Einzelrichter	67
	4. Das Obergericht	69
	5. Die Arbeitsgerichte	73
	6. Die Mietgerichte und die Schlichtungsbehörden.....	77
	7. Das Handelsgericht.....	82
	8. Das Landwirtschaftsgericht	88
	9. Das Kassationsgericht.....	88
§ 6	Der Ausstand der Richter und weiterer Justizbeamter	89
	A. Der sogenannte Ausschluss	89
	B. Die sogenannte Ablehnung	92
	C. Das Verfahren im Einzelnen.....	96
	D. Die Regelung nach der schweizerischen Zivilprozessordnung.....	99

§ 7 Die Zuständigkeit der Gerichte	101
A. Allgemeines	102
B. Die örtliche Zuständigkeit (Gerichtsstand).....	103
I. Die örtliche Zuständigkeit im Allgemeinen.....	103
1. Der allgemeine Gerichtsstand.....	103
2. Die Behandlung von Urteilen unzuständiger Gerichte.....	103
3. Prozesserledigung bei fehlender Zuständigkeit.....	104
II. Die besonderen Gerichtsstände des Gerichtsstandsgesetzes.....	106
1. Der Gerichtsstand am Ort der Niederlassung.....	106
2. Der Gerichtsstand am Ort des Sachzusammenhanges.....	106
3. Der Gerichtsstand für die Widerklage	106
4. Der Gerichtsstand für Streitgenossen	107
5. Der Gerichtsstand für Interventions- und Gewährleistungsklagen.....	107
6. Der Gerichtsstand für Klagen aus Personenrecht	107
7. Der Gerichtsstand für Klagen aus Familienrecht.....	108
8. Der Gerichtsstand für Klagen aus Erbrecht.....	109
9. Der Gerichtsstand für Klagen aus Sachenrecht	109
10. Der Gerichtsstand für Klagen aus Obligationenrecht und verwandten Gebieten.....	110
11. Der Gerichtsstand für Klagen aus Handelsrecht.....	112
12. Der Gerichtsstand der Vereinbarung und die vorbehaltlose Einlassung vor dem angerufenen Gericht.....	112
a) Die Gerichtsstandsvereinbarung.....	112
b) Die vorbehaltlose Einlassung vor dem angerufenen Gericht	113
c) Einschränkungen der Zulässigkeit.....	114
α) Fehlende sachliche Zuständigkeit des prorogierten Gerichtes	114
β) Fehlende Beziehung der Streitigkeit zum gewählten Gerichts- stand.....	114
γ) Zwingend vorgeschriebener Gerichtsstand.....	115
δ) Erschwerter Verzicht auf den gesetzlichen Gerichtsstand	115
d) Willensmängel bei Gerichtsstandsvereinbarungen.....	116
III. Die besonderen Gerichtsstände für Klagen aus dem Bundesgesetz über Schuld- betreuung und Konkurs (SchKG)	116
IV. Die besonderen Gerichtsstände des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG)	116
1. Anwendbarkeit des Gesetzes	116
2. Einzelne allgemeine Bestimmungen	117
3. Einzelne Bestimmungen zu besonderen Rechtsverhältnissen	118
VI. Die besonderen Gerichtsstände des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 15. September 1988 (Lugano-Übereinkommen, LugÜ).....	121
1. Allgemeines zum Übereinkommen	121
2. Anwendbarkeit des Übereinkommens	121
3. Allgemeine Grundsätze	122
VII. Schlussbemerkungen.....	131
1. Für die Bestimmung der Zuständigkeit massgebendes Kriterium.....	131
2. Für die Bestimmung der Zuständigkeit massgebender Zeitpunkt	132

C. Die sachliche Zuständigkeit	132
I. Die Bedeutung des Streitwertes	133
II. Weitere Grundsätze	137
D. Die funktionelle Zuständigkeit.....	137

Zweiter Abschnitt

Von den Prozessparteien

§ 8 Die Parteifähigkeit	141
a) die inexistente Partei	145
b) fehlerhafte Parteibezeichnung	145
§ 9 Prozessfähigkeit und Prozesstandschaft	147
A. Die Prozessfähigkeit	147
B. Die Prozesstandschaft.....	149
§ 10 Die Postulationsfähigkeit.....	151
A. Die Postulationsfähigkeit bezogen auf die Parteien und die gesetzlichen Vertreter	151
B. Die Postulationsfähigkeit bezogen auf vertraglich bestellte Vertreter	152
I. Grundsatz.....	152
II. Die Prozessvollmacht.....	153
III. Anwaltsrecht	154
§ 11 Klagenhäufung und Streitgenossenschaft	157
A. Objektive Klagenhäufung	157
1. Die objektive Klagenhäufung im Allgemeinen	157
2. Die Widerklage	158
3. Die Eventualwiderklage.....	160
B. Subjektive Klagenhäufung (Einfache Streitgenossenschaft)	161
C. Notwendige Streitgenossenschaft	163
§ 12 Die Hauptintervention	167
§ 13 Die Nebenintervention	169
A. Die unselbständige Nebenintervention	169
I. Formelles.....	169
II. Materielles.....	174
B. Die selbständige Nebenintervention	175

§ 14 Die Streitverkündung	177
A. Formelles.....	177
B. Materielle Wirkungen der Streitverkündung.....	180
I. Die Voraussetzungen der Urteilswirkung.....	180
1. Das zwischen zwei Parteien ergangene rechtskräftige Urteil, dessen Existenz Ansprüche einer Partei an einen Dritten zu begründen oder Ansprüche eines Dritten gegen eine Partei zu beeinträchtigen geeignet ist	180
a) Eignung, um Ansprüche einer Partei zu begründen.....	181
b) Eignung, um Ansprüche eines Dritten zu beeinträchtigen.....	181
2. Rechtzeitige Streitverkündung.....	181
3. Fehlendes Verschulden am ungünstigen Prozessausgang.....	182
II. Umfang der Urteilswirkung.....	182
1. Für das Urteil notwendig Entscheidungsgründe.....	182
2. Entscheidungsgründe, welche den Dritten belasten.....	183
III. Einreden aus dem Grundverhältnis zwischen Streitverkünder und Streitberufenem.....	183
C. Anwendungsfälle.....	184
1. Rechtsgewährleistung.....	184
2. Sachgewährleistung.....	184
3. Solidarschuldnerschaft.....	185
4. Haftpflichtversicherung.....	185
5. Solidarbürgschaft.....	185
6. Stellvertretung.....	185
7. Hinterlegung und verwandte Tatbestände.....	186
8. Analoge Anwendung in anderen Rechtsgebieten.....	186
D. Weitere Fragen.....	186
1. Folgen unterlassener Streitverkündung.....	186
2. Form der Teilnahme am Erstprozess.....	187
3. Folgen der Nichtbeteiligung am Erstprozess.....	187
4. Die Streitverkündungsklage.....	187
 § 15 Parteiwechsel und Prozessbeitritt	 189
A. Parteiwechsel.....	189
I. Einzelnachfolge.....	189
II. Konkurs und Tod, Untergang.....	194
1. Konkurs.....	194
2. Tod, Untergang.....	195
III. Höchstpersönliche Ansprüche.....	196
B. Prozessbeitritt.....	196

Dritter Abschnitt

Von den Verfahrensgrundsätzen

§ 16 Die Dispositionsmaxime	201
§ 17 Die Verhandlungsmaxime	203
A. Allgemeine Grundsätze	203
B. Einschränkungen der Verhandlungsmaxime. Richterliche Fragepflicht	206
C. Beispiele aus der Judikatur zur Substanziierung und zur richterlichen Fragepflicht	210
D. Bundesrecht und kantonales Recht im Bereich der Substanziierungspflicht	216
§ 18 Offizialmaxime und Untersuchungsmaxime	219
A. Allgemeines	219
B. Anwendungsbereich	220
I. Eheprozesse	220
II. Abstammungsprozesse (Erforschung des Sachverhalts von Amtes wegen)	221
III. Prozesse über Entmündigung und Entzug der elterlichen Sorge	222
IV. Besondere Prozesse juristischer Personen	222
C. Zusätzlicher Anwendungsbereich der Untersuchungsmaxime	223
I. Prozesse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	223
II. Streitigkeiten aus Miet- und Pachtverhältnissen	224
III. Haftpflicht aus Kernenergie	224
D. Weitere Bemerkungen	224
§ 19 Die Eventualmaxime	227
§ 20 Der Grundsatz der richterlichen Rechtsanwendung	233
A. Allgemeines	233
B. Einschränkungen des Grundsatzes	234
1. Bindung an den geltend gemachten Anspruch	234
2. Notwendigkeit der Einrede-Erhebung	235
3. Anwendung ausländischen Rechts	235
4. Ausserordentliche Rechtsmittel	236
§ 21 Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	237
A. Gelegenheit für die Parteien, sich zur Klage auszusprechen	237
B. Anhörung der Parteien auch im Rechtsmittelverfahren	240
C. Besonderheit bei einstweiligen Verfügungen	241

D. Zweimalige Anhörung in erster Instanz	241
E. Gelegenheit zur Teilnahme an den Verhandlungen	242
F. Recht auf Akteneinsicht	242
G. Pflicht des Gerichtes, sich mit dem Vorgebrachten ernsthaft auseinanderzusetzen	243
H. Gerichtssprache	243
I. Weitere Aspekte	244
§ 22 Der Grundsatz der richterlichen Prozessleitung	245
A. Die formelle richterliche Prozessleitung	245
B. Die materielle richterliche Prozessleitung	246
§ 23 Der Grundsatz der Öffentlichkeit	249
§ 24 Die einzelnen Klagearten	251
A. Die Leistungsklage	251
B. Die Feststellungsklage	252
I. Anwendungsbereich	252
II. Feststellungsinteresse als Voraussetzung	253
1. Im Allgemeinen	253
2. Das Feststellungsinteresse als Frage des materiellen Bundesrechtes	257
3. Zusätzliche Funktion der Feststellungsklage	258
III. Erledigungsart	259
C. Die Gestaltungsklage	260
I. Allgemeines	260
II. Materielle Gestaltungsanlagen	261
1. Personenrecht	261
2. Familienrecht	261
3. Erbrecht	261
4. Sachenrecht	261
5. Obligationenrecht	262
III. Prozessuale Gestaltungsanlagen	263
§ 25 Sachurteil und Prozessurteil	265
A. Allgemeines	265
B. Die Erledigung durch Klageanerkennung, Vergleich und Klagerückzug	267
I. Die Anerkennung der Klage	267
II. Der Vergleich	268
III. Der Rückzug der Klage	269
IV. Die Anfechtung von Klageanerkennung, Vergleich und Klagerückzug	270

§ 26 Die Rechtskraft	271
A. Die formelle Rechtskraft.....	272
B. Die materielle Rechtskraft	274
I. Der Begriff der materiellen Rechtskraft.....	274
II. Der Umfang der materiellen Rechtskraft in objektiver Beziehung.....	275
1. Die Beschränkung auf das Dispositiv	275
a) Im Allgemeinen	275
b) Die Besonderheit im Falle der Verrechnung.....	276
α) Bei zugelassener Verrechnung.....	276
β) Bei nicht zugelassener Verrechnung.....	277
αα) Verneinung der Zulässigkeit oder der Wirksamkeit der Verrechnungserklärung.....	277
ββ) Verneinung des Bestandes der Gegenforderung	278
c) Weitere Sonderfälle	279
d) Die Vorfragenwirkung	279
e) Mithberücksichtigung der Erwägungen	281
2. Die Beschränkung auf den identischen Anspruch	282
a) Bestimmung der Anspruchsidentität nach dem eingeklagten materiellen Recht.....	283
b) Bestimmung der Anspruchsidentität nach dem Rechtsbegehren in Verbindung mit dem Lebensvorgang (zweigliederiger Streitgegenstand) ..	284
α) Lebensvorgang als isolierter historischer Einzelvorgang	284
β) Lebensvorgang als Lebenssachverhalt in seiner Gesamtheit.....	284
c) Bestimmung der Anspruchsidentität allein nach dem Rechtsbegehren (eingliederiger Streitgegenstand)	284
3. Die Beschränkung auf Sachurteile	289
4. Entscheidungen im summarischen Verfahren	290
III. Die Erstreckung der materiellen Rechtskraft in subjektiver Beziehung	290
IV. Materielle Rechtskraft und Gestaltungswirkung.....	295
V. Materielle Rechtskraft als Frage des Bundesrechtes.....	295
VI. Die Berücksichtigung der materiellen Rechtskraft im Prozess.....	297
VII. Die Relativierung der materiellen Rechtskraft	298
VIII. Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft im Vollstreckungsverfahren.....	299
IX. Die interkantonale und internationale Bedeutung der materiellen Rechtskraft	299
X. Das Urteilsdispositiv bei Berücksichtigung der materiellen Rechtskraft	300
XI. Die Frage der Verbindlichkeit prozessleitender Entscheidungen.....	301
1. Prozessleitende Entscheidungen.....	301
2. Formelle Rechtskraft und Abänderbarkeit prozessleitender Entscheidungen ..	301
3. Keine materielle Rechtskraft prozessleitender Entscheidungen.....	302
§ 27 Die Rechtshängigkeit	305
A. Begriff und Voraussetzungen	305
B. Die Folgen der Rechtshängigkeit	308
1. Erschwerte Klageänderung	308
a) Gemäss § 61 ZPO.....	308

α) Klageänderung (§ 61 Abs. 1 ZPO).....	308
β) Bezifferung des unbezifferten Rechtsbegehrens (§ 61 Abs. 2 ZPO)	311
b) Nachbringen von Nebenpunkten	311
c) Berichtigung von Rechnungsirrtümern	312
2. Nichtanhandnahme der identischen Klage	312
3. Veränderung des Streitgegenstandes	314
4. Gebundenheit des Klägers an den angehobenen Prozess	314
5. Perpetuatio fori	315

Vierter Abschnitt Vom Beweis

§ 28 Der Beweis und die Beweislast.....	319
A. Der Beweis im Allgemeinen	319
B. Die Beweislast	321
I. Die Beweislastverteilung im Allgemeinen	321
1. Rechtsbegründende Tatsachen	322
2. Rechtsaufhebende und rechtshindernde Tatsachen.....	322
3. Parteirollen.....	323
4. Regel und Ausnahme	324
5. «Negativa non sunt probanda».....	324
6. Beweislast nur bei einer Partei.....	325
7. Lehre von der Beweislast als Lehre von den Folgen der Beweislosigkeit	325
8. Richterliche Lückenfüllung	326
9. Hauptbeweis und Gegenbeweis	326
10. Beweislast und Behauptungslast.....	326
II. Die Beweislast als Frage des Bundesprivatrechtes	327
III. Die Bedeutung der Vermutungen	329
1. Die natürlichen Vermutungen (praesumptiones hominis)	329
2. Die gesetzlichen Vermutungen (praesumptiones iuris)	331
a) Die Tatsachenvermutungen.....	331
b) Die Rechtsvermutungen	332
3. Unwiderlegbare Vermutungen (praesumptiones iuris et de iure)	333
§ 29 Die Beweismittel und die Beweiswürdigung.....	335
A. Die Beweismittel	336
I. Die Beweismittel im Allgemeinen	336
II. Einzelne Beweismittel.....	337
1. Die Parteibefragung.....	337
a) Allgemeines.....	337
b) Informative Parteibefragung.....	338
c) Parteibefragung als Teil des Beweisverfahrens	338
α) Das einfache Parteiverhör (Persönliche Befragung).....	338
β) Die Beweisaussage	340

d)	Weitere Fragen.....	342
α)	Befragung Prozessunfähiger.....	342
β)	Befragung bei juristischen Personen, Personengemeinschaften und bei der Konkursmasse.....	342
γ)	Ort und Form der Befragung.....	342
δ)	Ausbleiben zur Befragung.....	343
ε)	Folgen der Falschaussage.....	343
2.	Das Zeugnis.....	344
a)	Allgemeines.....	344
b)	Zeugnisfähigkeit.....	344
c)	Zeugnispflicht und Zeugnisverweigerung.....	345
d)	Form und Inhalt der Zeugenvernehmung.....	350
e)	Protokollierung.....	352
f)	Entschädigung des Zeugen.....	353
3.	Der Augenschein.....	354
4.	Das Gutachten.....	354
a)	Die Bedeutung des Gutachtens im Prozess.....	354
b)	Die Ernennung der Sachverständigen.....	357
c)	Die Experteninstruktion.....	358
d)	Die Erstattung des Gutachtens.....	359
e)	Die Kritik am Gutachten.....	359
5.	Urkunden.....	360
a)	Arten von Urkunden.....	360
α)	Dispositivurkunden und Zeugnisurkunden.....	360
β)	Öffentliche und private Urkunden.....	362
b)	Originale und Kopie.....	364
c)	Die Überprüfung der Echtheit von Urkunden.....	364
d)	Die Edition von Urkunden.....	365
α)	Die prozessuale Editionsspflicht.....	365
β)	Die ausserprozessuale Editionsspflicht.....	367
e)	Weitere Fragen.....	368
B.	Die Beweismittel.....	368
§ 30	Beweisverträge	369
A.	Verträge über die Beweismittel (Beweisführungsverträge).....	369
B.	Verträge über die Beweislast.....	369
C.	Der Schiedsgutachtervertrag.....	370
§ 31	Rechtshilfe im Beweisverfahren	371

Fünfter Abschnitt

Einzelprobleme des Rechtsschutzes

§ 32	Einstweiliger Rechtsschutz	383
	A. Zweck des einstweiligen Rechtsschutzes	383
	1. Einstweiliger Rechtsschutz durch Sicherungsmassnahmen	383
	2. Einstweiliger Rechtsschutz durch Regelungsmassnahmen	386
	3. Recht auf Gegendarstellung.....	388
	B. Verfahren zum Erlass einstweiliger Verfügung	389
	C. Voraussetzungen für die Erwirkung vorsorglicher Massnahmen.....	391
	D. Schutzschrift.....	391
	E. Schadenersatz- und Sicherstellungspflicht.....	392
	F. Die Frage der Bindung des Richters an ergangene einstweilige Verfügungen.....	393
§ 33	Fristen und Verhandlungstermine, Zustellungen	395
	A. Fristen und Verhandlungstermine.....	395
	B. Zustellungen.....	400
§ 34	Die Finanzierung des Zivilprozesses	403
	A. Die Erhebung von Gerichtskosten	403
	B. Die Entschädigungspflicht	407
	C. Barvorschüsse und Kautionen	409
	1. Barvorschüsse	409
	2. Die allgemeine Prozesskaution.....	410
	D. Die unentgeltliche Prozessführung	414

Sechster Abschnitt

Vom Verfahrensablauf in erster Instanz

§ 35	Der Gang des erstinstanzlichen Verfahrens im Kanton Zürich (ordentliches Verfahren)	421
	A. Das Sühnverfahren	421
	B. Das Einleitungsverfahren.....	424
	C. Das Hauptverfahren	425
	I. Gewöhnliches Hauptverfahren.....	425
	1. Allgemeines	425

2.	Das sogenannte mündliche Verfahren.....	425
3.	Das sogenannte schriftliche Verfahren.....	426
4.	Das Erkenntnisverfahren vor der Friedensrichterin oder vor dem Friedens- richter.....	427
5.	Prozesse über den Personenstand und familienrechtliche Prozesse	428
II.	Das Säumnisverfahren	430
D.	Das Beweisverfahren.....	433
I.	Der Beweisgegenstand	433
II.	Der Zeitpunkt des Beweisverfahrens	433
III.	Der Beweisaufgabebeschluss	434
IV.	Die Beweisabnahme.....	436
1.	Allgemeines	436
2.	Besondere Vorschriften	437
V.	Das Verfahren zur Beweiswürdigung.....	438
E.	Das Urteilsverfahren	439
§ 35a	Das einfache und rasche Verfahren im Kanton Zürich	443
§ 36	Das beschleunigte Verfahren	447
§ 37	Das summarische Verfahren.....	449
A.	Allgemeines	449
B.	Die einzelnen Anwendungsbereiche des summarischen Verfahrens.....	451
I.	Schuldbetreibungs- und Konkursachen.....	451
II.	Geschäfte aufgrund des Zivilgesetzbuches und des Obligationenrechts	452
III.	Das Befehlsverfahren.....	453
1.	Allgemeines	453
2.	Anwendungsbereiche des Befehlsverfahrens	454
a)	Die Vollstreckung	454
b)	Das abgekürzte Erkenntnisverfahren.....	455
α)	Gegen Einzelne.....	455
β)	Gegen mehrere: Allgemeine Verbote	456
c)	Einstweilige Verfügungen	457
IV.	Beweissicherung	458
§ 37a	Das Verfahren bei fürsorglicher Freiheitsentziehung im Kanton Zürich.....	461
§ 38	Das Verfahren gemäss Bundeszivilprozessordnung	465

Siebenter Abschnitt

§ 39 Von den Rechtsmitteln	469
A. Die Rechtsmittel im Allgemeinen	470
I. Die Bedeutung der Rechtsmittel	470
II. Parteien im Rechtsmittelverfahren	471
III. Unterscheidungsmerkmale bei den Rechtsmitteln	471
1. Devolutive, nichtdevolutive Rechtsmittel	471
2. Ordentliche, ausserordentliche Rechtsmittel	471
3. Suspensive, nichtsuspensive Rechtsmittel	472
4. Rechtsmittel mit reformatorischer und mit kassatorischer Wirkung	472
5. Rechtsmittel ohne und mit Novenrecht	472
6. Vollkommene, unvollkommene Rechtsmittel	473
IV. Wesentliche Elemente bei der Ergreifung von Rechtsmitteln	473
1. Natur des anzufechtenden Entscheides	473
2. Legitimation	474
3. Fristwahrung	474
4. Beschwer	475
5. Verbot der reformatio in peius	475
6. Die Frage der Verfügung über das Rechtsmittel	476
7. Abgrenzungen zu anderen Rechtsbehelfen	476
a) Die Erläuterung	476
b) Die Einsprache	477
c) Das Wiedererwägungsgesuch	478
d) Die Aufsichtsbeschwerde	478
8. Rechtsmittelbelehrung	478
9. Verzicht auf Rechtsmittel	479
B. Die Rechtsmittel des zürcherischen Rechts	480
I. Allgemeines	480
II. Berufung und Rekurs	480
1. Allgemeines	480
2. Die Berufung	481
3. Der Rekurs	486
III. Die Nichtigkeitsbeschwerde	490
IV. Die Revision	500
C. Die Rechtsmittel des Bundesrechts	503
I. Das Bundesgerichtsgesetz	503
II. Die bundesrechtliche Beschwerde in Zivilsachen	504
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	504
a) Vorinstanzen	504
b) Zivilsache	504
c) Streitwert	506
d) Anfechtbarer Entscheid; Endentscheid	507
e) Anfechtbarer Entscheid: Selbständiger Vor- oder Zwischenentscheid	508
2. Die Aufgabe des Bundesgerichts als Beschwerdeinstanz	509
a) Rechtsfragen	509
b) Tatbestandsfeststellungen	510

3.	Das Beschwerdeverfahren	511
a)	Kantonales Urteil.....	511
b)	Legitimation	512
c)	Beschwerderecht.....	513
d)	Beschwerdefrist und Beschwerdeadressat.....	513
e)	Beschwerde und Beschwerdeantwort.....	513
f)	Schriftenwechsel.....	515
g)	Aufschiebende Wirkung.....	515
h)	Keine Anschlussbeschwerde.....	516
i)	Mündliche Verhandlung	516
j)	Vereinfachtes Verfahren.....	517
k)	Entscheidung des Bundesgerichtes als Beschwerdeinstanz	517
l)	Kosten und Entschädigungsfolgen	518
m)	Rechtsmittel und Rechtsbehelf gegen die Entscheidung.....	519
n)	Verhältnis zu kantonalen Rechtsmitteln	519
III.	Die Subsidiäre Verfassungsbeschwerde	519
IV.	Die bundesrechtliche Revision.....	520

Achter Abschnitt

§ 40	Von den Schiedsgerichten	523
A.	Allgemeines mit Ausblick auf die Schweizerische Zivilprozessordnung	523
B.	Einzelne Fragen.....	536
1.	Einleitung.....	536
2.	Zuständige richterliche Behörde.....	536
3.	Beteiligung von Juristen im Schiedsgericht	537
4.	Anfechtbarkeit von Zwischenentscheidungen	537
5.	Annahme des Schiedsrichtermandats	537
6.	Einsetzung eines Sekretärs	538
7.	Befristung der Amtsdauer.....	538
8.	Ausschluss und Ablehnung von Schiedsrichtern.....	538
9.	Abberufung der Schiedsrichter.....	540
10.	Rechtshängigkeit	540
11.	Ablauf des Verfahrens	541
12.	Erledigung durch Parteierklärung.....	542
13.	Zustellung des Schiedsspruchs	542
14.	Nichtigkeitsbeschwerde	542
15.	Revision	544
16.	Protokoll	544
17.	Vollstreckbarerklärung	544
18.	Bundesrechtsmittel	545
C.	Abgrenzung zu den Schiedsgutachten	545
D.	Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.....	545

Neunter Abschnitt

§ 41 Von der kantonalrechtlichen Zwangsvollstreckung	549
A. Abgrenzung von der bundesrechtlichen Zwangsvollstreckung	549
B. Die kantonalrechtliche Zwangsvollstreckung	551
I. Der Inhalt des kantonalen Zwangsvollstreckungsrechts	551
II. Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung.....	552
1. Im Allgemeinen	552
2. Die Vollstreckung ausländischer Urteile.....	556
III. In der kantonalrechtlichen Zwangsvollstreckung mögliche Massnahmen	556
1. Ordnungsbusse und Ungehorsamsstrafe.....	556
2. Ersatzvornahme	557
3. Anwendung von Zwang.....	558
4. Abgabe einer Willenserklärung	559
5. Vollstreckung eines Besuchsrechts	559
6. Schadenersatz	560
7. Schlussbemerkung.....	560
IV. Das Vollstreckungsverfahren.....	560

Zehnter Abschnitt

Von der Wahrnehmung richterlicher Aufgaben

§ 42 Die Haftung des Richters	565
A. Allgemeines	565
B. Anwendungsfälle.....	566
1. Die Haftung des Richters im Zusammenhang mit Entscheiden	566
2. Die Haftung für korrigierte Fehler im Verfahren.....	570
3. Die Haftung des Richters für Verspätungsschaden	571
4. Die Haftung aus besonderen Unterlassungen und Vorkehren.....	573
5. Die Haftung des Richters für ausserberufliches Verhalten	576
C. Zusammenfassung.....	576
§ 43 Schlussbemerkungen	577

Anhang

Schweizerische Zivilprozessordnung.....	581
Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts.....	657
Koordinationsbestimmungen	673
Bundesbeschluss (Entwurf) über die Genehmigung und die Umsetzung des revidierten Übereinkommens von Lugano über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.....	675

Sachregister	681
---------------------------	-----